

Protokoll 7/2022

Grosser Gemeinderat von Zug

**Sitzung vom Dienstag, 28. Juni 2022, 17:00 – 18:35 Uhr, Kantonsratssaal,
Regierungsgebäude, Zug**

Vorsitz: Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson

Protokoll: Markus Grüter, Protokollführer

Begrüssung, Entschuldigungen und Traktandenliste

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson eröffnet die 7. Sitzung des Grossen Gemeinderats in diesem Jahr und begrüsst nebst den Mitgliedern des Grossen Gemeinderats und des Stadtrats auch die Vertreter der Zuger Lokalmedien sowie vereinzelt Gäste.

Für die heutige Sitzung entschuldigt haben sich die Ratsmitglieder Corina Kremmel, Theo Iten, Alex Odermatt und Martin Iten; die übrigen 36 Mitglieder des Grossen Gemeinderats sind anwesend.
Später erschienen: Ignaz Voser (17:15 Uhr)

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson stellt fest, dass der Rat beschlussfähig ist.

Der Stadtrat ist vollzählig zugegen. Stadtrat André Wicki ist um 17:30 Uhr erschienen.

Traktandenliste

- 1 Genehmigung der Traktandenliste und des Protokolls Nr. 6 vom 7. Juni 2022
- 2 Wahl Spezialkommission (7 Mitglieder)
Totalrevision des Reglements über die Lärmbekämpfung
Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2737 vom 24. Mai 2022
- 3 Eingänge parlamentarische Vorstösse und Eingaben
- 4 Überweisung
Postulat der FDP-Fraktion vom 7. Juni 2022 betreffend «eine langfristige Gewerbestrategie für die Stadt Zug»
- 5 Überweisung
Postulat der SVP-Fraktion vom 8. Juni 2022 betreffend «Nutzung der Abstimmungsmonitore für Präsentation durch die Ratsmitglieder»
- 6 Ortsplanung Zug: Kenntnisnahme Räumliche Gesamtstrategie Zug 2040 und
Einwendungsbericht zur öffentlichen Mitwirkung
Bericht des Stadtrats Nr. 2730 vom 12. April 2022
Bericht und Antrag der Bau- und Planungskommission Nr. 2730.1 vom 11. Mai 2022
Bericht und Antrag der Geschäftsprüfungskommission Nr. 2730.2 vom 23. Mai 2022
- 7 Interpellation D. Amrein, ALG, und Mitunterzeichner vom 8. April 2022 betreffend «Was ist los im Baudepartement?»
Antwort des Stadtrats Nr. 2733 vom 17. Mai 2022
- 8 Postulat der FDP-Fraktion vom 1. März 2022 betreffend Transparenz und Sichtbarkeit von Vernehmlassungsantworten
Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2738 vom 31. Mai 2022
- 9 Postulat B. Elsener, die Mitte, vom 27. Juli 2021 betreffend «In der Stadt Zug sollen für den Langsamverkehr in den 30er- und den 20er-Zonen keine baulichen Massnahmen in Form von Bodenwellen erstellt werden. Bodenwellen haben im sicheren Strassenverkehr nichts zu suchen»
Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2743 vom 14. Juni 2022
- 10 Interpellation der SVP-Fraktion vom 12. April 2022 betreffend «Die stadträtliche Propagandaabteilung hat wieder unfair <zugeschlagen>!»
Antwort des Stadtrats Nr. 2740 vom 7. Juni 2022
- 11 Interpellation der FDP-Fraktion vom 31. März 2022 betreffend Moderne Recyclingstationen für den öffentlichen Raum
Antwort des Stadtrats Nr. 2741 vom 7. Juni 2022

- 12** Interpellation der FDP-Fraktion vom 21. März 2022 betreffend Ausnutzung von Solarpotenzial in der Stadt Zug
Antwort des Stadtrats Nr. 2742 vom 14. Juni 2022
- 13** Mitteilungen

1. Genehmigung der Traktandenliste und des Protokolls Nr. 6 vom 7. Juni 2021

Zur Traktandenliste:

Das Wort wird nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson stellt fest, dass keine Änderungsanträge vorliegen. Die Traktandenliste gilt somit als stillschweigend genehmigt.

Zum Protokoll:

Das Wort wird nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson stellt fest, dass keine Berichtigungen eingegangen sind und das Protokoll demnach stillschweigend genehmigt ist.

2. Wahl Spezialkommission (7 Mitglieder) **Totalrevision des Reglements über die Lärmbekämpfung**

Es liegt vor:

- Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2737 vom 24. Mai 2022

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson bittet die Fraktionssprechenden in alphabetischer Reihenfolge (von hinten beginnend) der Fraktionen, dem Rat mitzuteilen, welche Ratsmitglieder sie als Kommissionsmitglied und allenfalls für das Präsidium dieser Spezialkommission vorschlagen.

Roman Küng

Die SVP-Fraktion schlägt Gregor R. Bruhin und Philip C. Brunner für die Spezialkommission vor.

Ivano De Gobbi

Die SP-Fraktion schlägt Heinz Röthlisberger für die Spezialkommission vor.

Christoph Iten

Die Mitte-Fraktion schlägt Benny Elsener für die Spezialkommission vor.

David Meyer

Die GLP-Fraktion verzichtet auf einen Vorschlag, da es sich um eine 7er-Kommission handelt.

Etienne Schumpf

Die FDP-Fraktion schlägt Laurence Uttinger und Alexander Eckenstein für die Spezialkommission vor. Zusätzlich wird Alexander Eckenstein als Präsident der Spezialkommission vorgeschlagen.

Stefan Hodel

Die Fraktion ALG-CSP schlägt Stefan Hodel für die Spezialkommission vor.

Folgende Vorschläge für die Besetzung der Spezialkommission sind eingegangen:

- Für die ALG-CSP: Stefan Hodel
- Für die Mitte: Benny Elsener
- Für die FDP: Laurence Uttinger und Alexander Eckenstein (Präsidium)
- Für die SP: Heinz Röthlisberger
- Für die SVP: Gregor R. Bruhin und Philip C. Brunner

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson stellt fest, dass für die 7er-Kommission 7 Mitglieder vorgeschlagen wurden. Die vorgeschlagenen Gemeinderätinnen und Gemeinderäte sind somit stillschweigend gewählt.

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson stellt fest, dass für das Kommissionspräsidium **Alexander Eckenstein** vorgeschlagen wurde. Er ist ebenfalls stillschweigend gewählt.

3. Eingänge parlamentarische Vorstösse und Eingaben

Interpellation der SVP-Fraktion vom 7. Juni 2022 betreffend «Städtische WC-Anlagen die geradezu zum Wildpinkeln animieren»

Anlässlich einer Grossveranstaltung auf dem Zuger Stierenmarktareal wurden die unterschreibenden Gemeinderäte von diversen Besuchern auf die unzumutbare Situation bei der WC-Anlage aufmerksam gemacht.

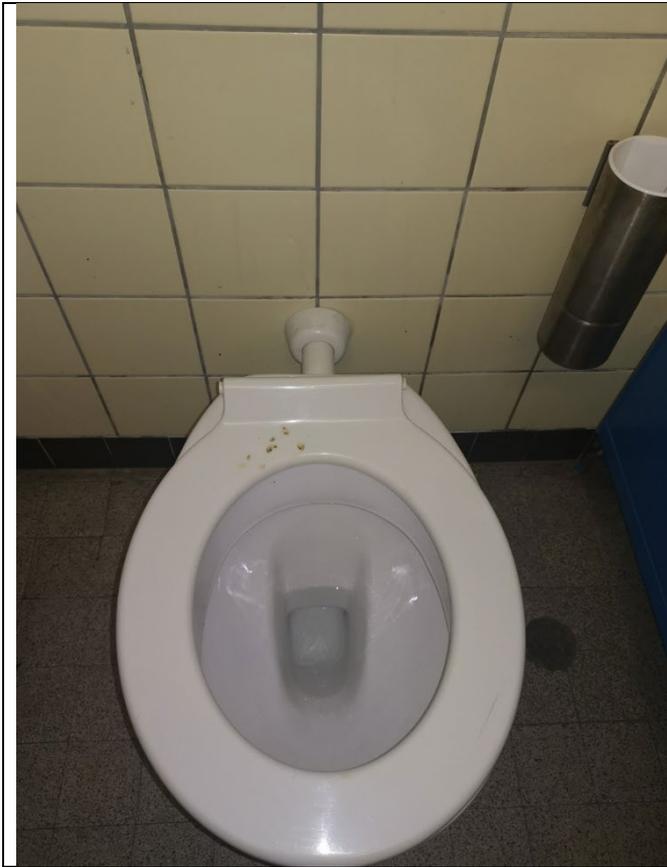
Klobrillen, die mit Brandspuren von Zigarettenverunstaltet sind, Gekritzel auf den Herrentoiletten die eindeutig zweideutige Angebote anpreisen, der Zugang zur Damentoilette war auch eine Stunde nach dem Gewitter nur mit nassen Füßen erreichbar. Urinale die stark verunreinigt und verrostet sind. Zusammengefasst kann festgehalten werden, dass diese öffentliche Toilette keine gute Visitenkarte für die Stadt Zug abgibt.

Deshalb stellen wir folgende Fragen an den Stadtrat:

- 1) Wer ist für die Instandhaltung und Reinigung der WC-Anlage auf dem Stierenmarktareal zuständig?
- 2) Ist der Stadtrat über den schlechten Zustand der WC-Anlage informiert?
- 3) Geht der Stadtrat mit den Interpellanten einig, dass der Zustand dieser WC-Anlage für die Stadt Zug ein No-Go ist?
- 4) Ist sich der Stadtrat bewusst, dass WC-Anlagen die verschmutzt, stinken und teilweise defekt sind, das «Wildpinkeln» fördern und somit zu weiteren Problemen führt?
- 5) Gedenkt der Stadtrat, die WC-Anlage, inklusive der Hülle, in absehbarer Zeit zu sanieren? Wenn ja ,in welchem Zeitrahmen? Wenn nein, weshalb nicht?
- 6) Gibt es in der Stadt Zug weitere WC-Anlagen, die in demselben himmeltraurigen Zustand sind? Wenn ja, wann werden diese instandgesetzt?

Wir bedanken uns im Voraus für die schriftliche Beantwortung der Fragen.

Beilage: Bilder vom 5. Juni 2022, WC-Anlage Stierenareal



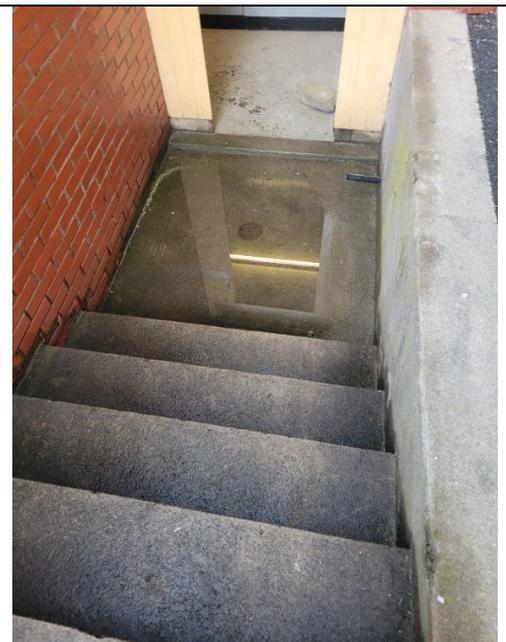
Klobrille inkl. Brandflecken



Pissoir



Zugang zur Damentoilette



Auch Stunden nach dem Gewitter noch Wasser



Ob Damen- oder Herrentoilete, der Zustand ist beiden Orden himmeltraurig



Mehr als nur ein wenig renovationsbedürftig

Ergebnis

Gemäss § 43 Abs. 2 der Geschäftsordnung hat der Stadtrat für die schriftliche Beantwortung von Interpellationen drei Monate Zeit.

Postulat der FDP-Fraktion vom 7. Juni 2022 betreffend «eine langfristige Gewerbe­strategie für die Stadt Zug»

Die FDP Fraktion beauftragt den Stadtrat, eine Gewerbe­strategie zu entwickeln und die daraus hervorgehenden Ziele in die Ortsplanungsrevision einfließen zu lassen und zudem diese Ziele in die gemeindlichen Jahres- und Mehrjahresziele aufzunehmen, zu priorisieren und laufend zu traktandieren.

Begründung

Die Stadt Zug ist auf ein starkes und prosperierendes Gewerbe angewiesen. In der aktuellen Diskussion rund um den bezahlbaren Wohnraum ist aber das Gewerbe und insbesondere die produzierenden KMU-Betriebe etwas in Vergessenheit geraten. Unternehmerinnen und Unternehmer sind aber ebenfalls auf ausreichende Flächen und die nötigen Räumlichkeiten auf dem Stadtgebiet angewiesen. Dafür hat die Stadt Zug die möglichen Rahmenbedingungen zu gewähren und die nötigen Grundlagen zu schaffen. Nur so können Arbeits- und Ausbildungsplätze innerhalb des Stadtgebietes erhalten werden.

Zum einen könnte dies basierend auf den bestehenden Gewerbegebieten und Zonen bereits gewährleistet werden: Diesbezüglich ist bei der kommenden Zonenplanrevision über mögliche Um-/Aufzonungen und Arrondierungen nachzudenken. Allenfalls sind Gemeindeübergreifende Lösungen anzustreben (Göbli, Unterfeld etc.).

Zum anderen soll aber basierend auf bereits ausgeschiedenen, und mithilfe neuer Zonen eine ganzheitliche, für das gesamte Stadtgebiet geltende Strategie entwickelt werden, so dass für das ganze Zuger Gewerbe, insbesondere KMU, auch in Zukunft der nötige Platz sichergestellt werden kann. Die aus der erarbeiteten Strategie entstehenden Handlungsfelder sind in die kommende Ortsplanungsrevision einfließen zu lassen. Zudem sind diese Gewerbe­strategieziele in die Jahres- und die Mehrjahresziele der Stadt aufzunehmen, bei der Umsetzung zu priorisieren und laufend zu traktandieren.

Ergebnis

Das Postulat ist an der heutigen Sitzung unter Traktandum 4 zur Überweisung traktandiert.

Postulat der SVP-Fraktion vom 8. Juni 2022 betreffend «Nutzung der Abstimmungsmonitore für Präsentation durch die Ratsmitglieder»

Anlässlich der GGR-Sitzung vom 7.6.2022 entstand eine Debatte betreffend die Nutzung der Abstimmungsmonitore. Ausschlaggebend war eine Präsentation von Gemeinderat Philip C. Brunner. Da ihm das Wort bei der Präsentation als GPK-Präsident entzogen wurde, wollte er seine Präsentation zu einem späteren Zeitpunkt als einfaches Ratsmitglied zeigen. Die Ratspräsidentin hat versucht dies zu unterbinden mit der Begründung, dass einfache Ratsmitglieder keinen Anspruch auf die Nutzung der Abstimmungsmonitore haben. Dies sei dazumal vom Büro GGR so beschlossen worden. Eine solche Regelung wurde jedoch vom Büro GGR den Ratsmitgliedern nie unterbreitet. Auch im Bericht und Antrag Nr. 2470 des Büro GGR vom 19. Januar 2018 ist eine solche Regelung nicht zu finden. (siehe Anhang, Seite 4; 2.3 Benützungsordnung zur elektronischen Abstimmungsanlage)

Zudem war vor Einführung der elektronischen Abstimmungsanlage jeweils eine Leinwand und ein Beamer im Ratssaal, um eben Präsentationen oder Visualisierungen von Ratsmitgliedern zu zeigen.

Das Büro GGR wird mit dem vorliegenden Postulat eingeladen, dem Rat eine Regelung zur Nutzung der Abstimmungsmonitore vorzulegen.

Da zur Zeit keine rechtskräftige Regelung der Abstimmungsmonitore in Kraft ist, erwartet der Postulant, dass bis zur Verabschiedung eines entsprechenden Reglements einer Visualisierungen durch Ratsmitgliedern nichts im Wege steht. Notfalls halt wieder mit Leinwand und Beamer.

Beilage: Bericht und Antrag Büro GGR, Einführung der elektronischen Stimmabgabe im Grossen Gemeinderat, Änderung von §§ 60 und 61 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates der Stadt Zug

Ergebnis

Das Postulat ist an der heutigen Sitzung unter Traktandum 5 zur Überweisung traktandiert.

Interpellation I. Voser, CSP, und M. Iten, CSP, vom 13. Juni 2022 betreffend «Begegnungszone oberer Postplatz. Schaffen von sicheren Bereichen vor der ehemaligen Hauptpost, für Fussgänger und Servicepersonal, zum Erreichen der Gastro-Aussenbereiche»

Wie man am 1. Juni 2022 der Zuger Zeitung entnehmen konnte ist nun nach längerer Planung und von vielen Leuten sehnhchst erwartet, im ehemaligen Postgebäude, das Restaurant „PIU“ der Bindella Gruppe zusammen mit dem Gastro-Aussenbereich auf dem oberen Postplatz eröffnet worden.

Aus diesem Anlass erschien in der Zuger Zeitung ein halbseitiger Artikel mit Foto

In diesem Artikel äussert Ruedi Bindella junior, als Gesamtverantwortlicher für den Bereich Gastronomie, unter anderem seine Bedenken betreffend Sicherheit im Aussenbereich. Sorgen bereitet ihm die Fahrbahn am Fusse der grossen Treppe wo das Servicepersonal mit Speisen und Getränken über die Strasse gehen muss.

Auch beim, an schönen Tagen, rege besuchten Gastro-Aussenbereich Plaza, fahren die Autos zum Teil in sehr geringer Distanz an den Tischen vorbei.

Dazu ergeben sich folgende Fragen an den Stadtrat:

War oder ist sich der Stadtrat bewusst, dass mit der Erteilung der Bewilligung für einen zweiten Gastro-Aussenbereich mit weiteren 64 Plätzen inklusive Servicestation am oberen Postplatz eine neue Verkehrssituation geschaffen wurde und sich dadurch der Ruf nach mehr Sicherheit für Gäste und Personal vor dem neuen Restaurant „PIU“ und im speziellen im Bereich oberer Postplatz ergeben hat.

- Kann der Stadtrat diese Bedenken nachvollziehen?
- Hat der Stadtrat diesbezüglich schon mit den betroffenen zuständigen Personen Kontakt aufgenommen oder sprechen können?
- Kann sich der Stadtrat vorstellen mit einer Begegnungszone, nur für den oberen Postplatz dieser neuen Situation entgegenzuwirken und damit für mehr Sicherheit zu sorgen?

Beilagen: Zeitungsartikel, ZZ, 01. Juni 2022

Grundriss Gastro-Aussenbereich vor Hauptpost

Ergebnis

Gemäss § 43 Abs. 2 der Geschäftsordnung hat der Stadtrat für die schriftliche Beantwortung von Interpellationen drei Monate Zeit.

Interpellation M. Iten, CSP, und I. Voser, CSP, vom 15. Juni 2022 betreffend «Der Zuger Chriesimärt soll erhalten bleiben – darum braucht es eine Sonderregelung betreffend Marktreglement».

Mit grossem Engagement hat die IG Chriesi in den vergangenen 15 Jahren die alte Zuger Chriesi-Tradition wieder ins gesellschaftliche Bewusstsein geholt und damit belebt. Dabei hat man auch den 1627 erstmals urkundlich erwähnten Chriesimärt (den somit ältesten Kirschenmarkt der Schweiz) neu vermarktet und vielseitig unterstützt. Zeitweise wurde der Markt, der stets eine überschaubare Grösse hatte, gar ausserkantonale beworben. In den vergangenen Jahren wuchs dabei auch einiges an Frustpotenzial, weil der Markt nicht immer das hielt, was man von ihm erhoffte. Das Angebot und die Nachfrage, resp. die Erwartungen, stimmten nicht immer überein.

Kirschen sind sehr von der Laune der Natur abhängige und sensible Früchte, sie zu produzieren benötigt ein hohes Mass an Sachverständnis. So können gewisse Sorten nur kurzfristig gepflückt werden und müssen dazu noch — je nach vorgängiger Wettersituation — weniger oder stärker aussortiert werden. Besonders die Gewinnung von hochwertigen Tafelkirschen beansprucht bis zum Verkauf an den Konsumenten nicht nur viel Können, sondern auch einiges an Glück. Nicht umsonst haben bereits die Alten in Zug schon festgehalten: „Wenn de Herrgott will, so git's Chriesi!“ — Es liegt oft nicht in der Hand der Chriesibauern, ob die Ernte gut ausfällt oder nicht.

Gerade im letzten Jahrzehnt mussten die Zuger Chriesi-Bauern gehäuft schwierige Jahre mit grossen Ernteausfällen wegen Frost in der Blütezeit, starken Schauern mit Hagel in der Erntezeit und vor allem wegen massiven Schäden durch die aus Südostasien eingeschleppte Kirschessigfliege beklagen. Besonders die von der IG Chriesi vielgeförderten und das Zuger Ortsbild prägenden HochstammKirschbäume wurden und werden von diesem inzwischen weit verbreiteten Schädling oftmals arg befallen.

Aufgrund all dieser Tatsachen konnten die behördlichen Mindestbedingungen des Marktreglements, wonach im minimum fünf Stände für die Durchführung des Chriesimärts vorhanden sein müssen, zeitweise nicht eingehalten werden. Der Stadtrat hat im Sinne eines Entgegenkommens für den Sommer 2022 die Mindestanzahl auf vier Stände reduziert. Doch auch diese Grösse wird wohl von den Zuger Chriesiproduzenten nicht immer erreicht werden können. Daher besteht die Befürchtung, dass der Stadtrat dem Chriesimärt bald den Stecker ziehen könnte und dass damit die lange Geschichte des Chriesimärts zu Ende ginge.

Das wäre sehr schade! Sind doch die Zugerinnen und Zuger meist einfach froh, dass sie spontan zum See gehen und dort feine Chriesi kaufen können. Falls dort dann mal nur einer oder zwei Stände stünden oder vorübergehend gar keine Chriesi mehr angeboten würden, wäre das für sie auch nicht weiter tragisch. Anderntags kann man sein Glück ja wieder versuchen. Die Zugerinnen und Zuger sind in der Regel mit der Komplexität der Chriesi-Ernte vertraut und haben Verständnis für ihre Eigenheiten.

Deshalb müsste der Chriesimärt von den Mindestanforderungen des Marktreglements ausgenommen werden. Im Sinne von „ein Chriesi-Stand ist immer noch besser als gar keiner“ könnte der Stadtrat die alte Tradition dieses Angebots aufrechterhalten. Eine ausserkantonale Bewerbung ist nicht nötig, der Chriesimärt stellt vor allem für die einheimische Bevölkerung einen Mehrwert dar.

Wir stellen dem Stadtrat darum folgende Fragen:

- Wäre der Stadtrat bereit für den Erhalt des Chriesimärts die Marktbestimmungen ab 2023 auszusetzen und dadurch den Chriesi-Bauern die Möglichkeit zu geben, unkompliziert auf dem Landsgemeindeplatz ihre Chriesi immer dann anzubieten, wenn sie reif sind und wenn es die Erntesituation ermöglicht?
- Kann sich der Stadtrat vorstellen trotzdem die Marktutensilien (Tische, Sonnenschirme etc.) den Chriesi-Bauern weiterhin zu gleichen Konditionen anzubieten, damit sie diese wie bis anhin eigenhändig auf- und abbauen können?
- Inwiefern gedenkt der Stadtrat in Zukunft seinen Beitrag zur Bewahrung, Bestärkung und Förderung der Zuger Chriesi-Kultur zu leisten?

Wir danken dem Stadtrat für die Beantwortung.

Ergebnis

Gemäss § 43 Abs. 2 der Geschäftsordnung hat der Stadtrat für die schriftliche Beantwortung von Interpellationen drei Monate Zeit.

Kleine Anfrage der SVP-Fraktion vom 18. Juni 2022 betreffend «Es ist Fakt, dass nicht alle Lehrer und Lehrerinnen immer mit einem Velo zur Arbeit kommen können und wollen: Daher die Fragen der SVP-Fraktion zur Anzahl Parkplätze für Lehrerinnen und Lehrer, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung»

In der Stadt Zug unterhalten wir an verschiedenen Örtlichkeiten Schulhäuser, aber bekanntlich auch ein neues Stadthaus mit Parkgarage, einen Werkhof mit FFZ-Komplex, zukünftig bald einen neuen Ökihof und weitere Arbeitsorte (Bibliothek Zug) für die städtischen Mitarbeitenden, oft mit oder ohne eigene (interne) Parkplätzen und sogar mit eigenen Parkplätzen in Parkhäusern. Viele Mitarbeitende kommen von auswärts, aus anderen Kantonen, haben unregelmässige Arbeitszeiten und schlechte öV-Verbindungen. Die SVP Stadtpartei hat grosses Verständnis, dass nicht jedermann jederzeit zu Fuss oder mit seinem Velo zur Arbeit kommen kann und das so auch will. Wir bitten deshalb den Stadtrat um folgende Antworten und Informationen:

1. Wir bitten um eine vollständige tabellarische Zusammenstellung aller Parkplätze, welche die Stadt ihren Mitarbeitenden zur Verfügung stellt bzw. vermietet und den zur Verfügung stehenden Parkplätzen für Besuchende.

Gewünschte Form der Auslegeordnung der Parkmöglichkeiten (hier mit fiktiven Beispielen):

Oertlichkeit:	Anzahl Parkplätze:	Anzahl LehrerInnen:	Anzahl Schüler:	Anzahl Parkplätze LehrerInnen
Schulhaus «A»	25	40	180	0.63
Schulhaus «B»	4	20	90	0.20
Schulhaus «C»	15	30	120	0.50

- Stadthaus «D» 10 Besucher-Parkplätze

- Stadthaus «D» 8 Parkplätze im Parkhaus Parktower 200 Mitarbeitende

2. Wie hoch sind die monatlichen Kosten für einen Aussenparkplatz für die einzelne Lehrkraft?

3. Wie hoch ist die Miete für einen Aussenparkplatz für Mitarbeitende? Wie hoch für extern Mietende in städtischen Liegenschaften (Beispiel Recyclinggebäude beim Ökihof)?

4. Wie hoch ist die Monatsmiete für einen Parkplatz in einem städtischen Parkhaus für Mitarbeitende? Wie hoch ist die Monatsmiete (Tarif) in den verschiedenen städtischen Parkhäusern für Externe? Wie erklärt der Stadtrat allfällige Differenzen zwischen Mitarbeitenden und externen Mietern? Wann wurden die Preise letztmals überarbeitet bzw. wann werden sie wieder geprüft?

5. Wie hoch sind die diesbezüglichen gesamten Einnahmen für die Stadtkasse pro Jahr?

6. Wie viele Parkplätze sind heute für die Lehrerschaft im geplanten erweiterten neuen Schulhausprojekt «Herti» vorhanden und wieviele neue, zusätzliche Parkplätze sind beim Projekt bei der Vergrösserung des Angebotes auf verschiedenen Ebenen geplant (Schule, Aula, Hallenbad usw.)?

7. Wie hoch ist der Anteil an «auswärtigen» Mitarbeitenden (aufgeteilt auf Stadt, Gemeinden, Kanton Zug, weitere Kantone wie Zürich, Luzern, Schwyz usw.), immer bezogen auf die 622,14 Personaleinheiten (per 31.12.2021 gemäss Jahresbericht 2021, Seite 61)

Ergebnis

Gemäss § 44 der Geschäftsordnung beantwortet der Stadtrat die Anfrage schriftlich innert 30 Tagen.

**4. Postulat der FDP-Fraktion vom 7. Juni 2022 betreffend «eine langfristige
Gewerbestrategie für die Stadt Zug»
Überweisung**

Es liegt vor:

- Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2639 vom 23. Februar 2021

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson verweist auf Postulatstext und Begründung durch die Postulierenden.

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson stellt fest, dass zur Überweisung das Wort nicht verlangt und kein Nichtüberweisungsantrag gestellt wird.

Ergebnis

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson stellt fest, dass der Rat das Postulat stillschweigend überwiesen hat.

**5. Postulat der SVP-Fraktion vom 8. Juni 2022 betreffend «Nutzung der Abstimmungsmonitore für Präsentation durch die Ratsmitglieder»
Überweisung**

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson verweist auf Postulatstext und Begründung durch die Postulierenden.

Jürg Messmer

Ich werde das Postulat zurückziehen und möchte dies auch kurz begründen.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, Geschätzte Anwesende, zuerst möchte ich mich für das Postulat entschuldigen, das anlässlich der letzten GGR-Sitzung von mir in ziemlich wütender Stimmung geschrieben wurde. Ich war relativ aufgebracht, da wurde von der Ratsführung ein Ordnungsantrag aus den Sitzplätzen ohne Abstimmung gutgeheissen, dann wurde der GPK-Präsident abgeklemmt und in seinem anschliessenden als normales Mitglied sollte er seine Präsentationen nicht zeigen dürfen. Die Begründung war damals, dass das Büro GGR intern ein solches Reglement verabschiedet habe.

Ich habe dann das Postulat geschrieben und in der Zwischenzeit mal die Protokolle vom 18. September 2018 – das war die 1. Lesung der Teilrevision GSO – durchgegangen. Es war tatsächlich so, das Büro GGR hatte damals einen § 51 vorgeschlagen, der diese audiovisuellen Unterstützungen oder Hilfsmittel in Zukunft unterbinden wollte. Wenn man das Protokoll nachliest, stellt man fest, dass sich sämtliche Fraktionen im GGR gegen diesen § 51 ausgesprochen haben. Und auch in der Schlussabstimmung wurde dann dieser § 51a mit 27 zu 7 Stimmen und ohne Enthaltung gekübelt.

Das heisst, meine Damen und Herren, gemäss GSO ist es zulässig, dass sämtliche Ratsmitglieder diese Monitore für visuelle Unterstützung benutzen dürfen. Die Ratsführung hat selbstverständlich die Möglichkeit, allfällige Bilder zu unterbinden, wenn diese nichts mit dem Thema zu tun haben. In diesem Fall kann die Ratspräsidentin oder der Ratspräsident jederzeit eingreifen.

Aufgrund dieses § 51, der abgelehnt wurde, gibt es heute keinen Grund, das Postulat zu überweisen. Wir brauchen nicht ein neues Reglement über die Nutzung dieser Monitore, denn die Nutzung dieser Monitore ist schlichtweg zulässig.

Was wir aus meiner Sicht brauchen, ist eine Ratsführung, die die GSO richtig handhabt. Das heisst, Ordnungsrufe aus dem Rat sind nicht zulässig, ohne Abstimmung sowieso nicht. Da wünsche ich mir, dass die Ratsführung in Zukunft – egal wer es ist, das hat nicht direkt mit Ihnen zu tun, Frau Präsidentin – die GSO ein wenig mehr zur Hand nimmt. Sprecher dürfen durch die Ratsführung unterbrochen werden, aber nicht durch Ratsmitglieder. Wenn nötig, muss halt der Stadtschreiber auch entsprechend eingreifen, mit einem Schubser an die Ratsführung.

In diesem Sinne würde ich dieses Postulat zurückziehen. Ich hoffe, Sie sind damit einverstanden. Denn ein Reglement aufzustellen für etwas, das es nicht braucht, ist sinnlos.

Tabea Zimmermann Gibson, Ratspräsident

Besten Dank, Herr Gemeinderat, auch ich bin hinter die Bücher gegangen und habe die Sache zusammen mit dem Stadtschreiber angeschaut. Es ist tatsächlich so, es gibt kein Verbot. Es wurde aber gesagt, man soll das zurückhaltend anwenden und anmelden. Von dem her gesehen bitte ich, dass nicht irgendein Verwaltungsmitglied informiert wird, sondern das Büro GGR, wenn man eine Präsentation anzeigen möchte. Damals wurde davon gesprochen, dass man nicht möchte, dass das

überhandnimmt, denn es gab eine Phase, in der es viele Präsentationen gab. Das war der Grund, weshalb wir das Thema damals so diskutiert haben.

Aber ich möchte mich in diesem Sinne auch bei Herrn Gemeinderat Philip C. Brunner entschuldigen, dass ich das an der letzten Ratssitzung unterbunden habe. Das war so nicht rechtens.

Ergebnis

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson stellt fest, dass die SVP-Fraktion das Postulat zurückgezogen hat.

6. Ortsplanung Zug: Kenntnisnahme Räumliche Gesamtstrategie Zug 2040 und Einwendungsbericht zur öffentlichen Mitwirkung

Es liegt vor:

- Bericht des Stadtrats Nr. 2730 vom 12. April 2022
- Bericht und Antrag der Bau- und Planungskommission Nr. 2730.1 vom 11. Mai 2022
- Bericht und Antrag der Geschäftsprüfungskommission Nr. 2730.2 vom 23. Mai 2022

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson stellt fest, dass das Wort zum Eintreten nicht verlangt wird, auf die Vorlage wird somit stillschweigend eingetreten.

Richard Rüegg, BPK-Präsident

Die öffentliche Mitwirkung zur räumlichen Gesamtstrategie Zug 2040 und zum Konzept Mobilität und Freiraum fand vom 3. November 2021 bis zum 15. Januar 2022 statt.

In dem Dokument «Einwendungsbericht» wurden die Rückmeldungen der Mitwirkung sowie die Stellungnahme des Stadtrates dargelegt und zusammengefasst.

Die Möglichkeit der Mitwirkung wurde rege genutzt. Leider haben sich nicht alle Parteien daran beteiligt.

Im Bericht ist zu lesen, dass die Strategiephase der Ortsplanung abgeschlossen und vom Stadtrat am 12. April 2022 genehmigt wurde.

Wie sie aus dem BPK-Bericht entnehmen konnten, äusserten wir uns beim Einwendungsbericht zu Kapitel 3, 4 und 5, dies zuhanden des Protokolls. Seitens Verwaltung wird der Bericht nicht angepasst.

Weiteres Vorgehen:

Die Vorprüfung der Richt- und Nutzungsplanung bei der Baudirektion und die öffentliche Mitwirkung sind für den Frühling 2023 angesetzt. Die öffentliche Mitwirkung zum Entwurf Zonenplan und zum Entwurf Bauordnung für die Bevölkerung, die Parteien und Verbände dauert rund zwei Monate, die Vorprüfung rund vier Monate. Dies wird anschliessend verarbeitet, damit der Stadtrat die Vorlage im Herbst 2023 dem GGR unterbreiten kann. Die zeitliche Dimension des weiteren politischen Prozesses ist schwierig abzuschätzen. Aufgrund von Erfahrungen aus der letzten Ortsplanungsrevision ist anzunehmen, dass die Diskussion in der BPK und im Grossen Gemeinderat rund zwei Jahre in Anspruch nehmen wird.

Sämtliche Kommissionsmitglieder dankten für das Zusammentragen und die gute Aufarbeitung der Rückmeldungen aus der öffentlichen Mitwirkung. Der Einwendungsbericht wurde lobend und dankend zur Kenntnis genommen.

Die BPK stimmte dem Antrag des Stadtrats, die Vorlage zur Kenntnis zu nehmen, mit 10:0 Stimmen zu

Abschliessend beantragt Ihnen die BPK, die Vorlage Nr. 2730 Ortsplanung Zug: Kenntnisnahme Räumliche Gesamtstrategie Zug 2040 und Einwendungsbericht zur öffentlichen Mitwirkung zur Kenntnis zu nehmen.

Philip C. Brunner, GPK-Präsident

Ich kann es relativ kurz machen. Ich verweise auf Bericht und Antrag der GPK Nr. 2730.2. Wir hatten eine sehr interessante Sitzung, relativ kurz zwar, aber die GPK nimmt die räumliche Gesamtstrategie Zug 2040 einstimmig mit 7:0 Stimmen zur Kenntnis.

Wir haben ebenfalls bereits festgestellt, dass die Unterlagen – es ist doch relativ viel Papier zusammengekommen – sorgfältig und sehr informativ zusammengestellt sind. Wir schliessen uns somit den Ausführungen der BPK an.

Vielleicht noch ein Punkt: Die Stadträtin Eliane Birchmeier hat uns versichert, dass wir kein Präjudiz schaffen, indem wir dieser räumlichen Gesamtstrategie zustimmen. Der Vorredner hat es bereits ausgeführt: Bei der Ortsplanungsrevision wird dann der Moment kommen, wo wir uns um die Details hier im Grossen Gemeinderat entsprechend streiten werden. Das ist absehbar. Es ist klar, dass die verschiedenen Fraktionen auch verschiedene Zielsetzungen haben. Das hat man auch bereits aus den veröffentlichten Vernehmlassungen entnehmen können – diese Rückmeldungen der Parteien –, dass die Parteien unterschiedliche Gewichte setzen.

In diesem Sinne wünscht auch die GPK der Vorlage viel Glück – also die Kenntnisnahme heute und dann die weiteren Schritte, die Richtung Ortsplanung vorbereitet werden.

Christoph Iten

Wir danken dem Stadtrat für die gute Zusammenfassung der Mitwirkung, Berücksichtigung der Vernehmlassung sowie der übersichtlichen räumlichen Gesamtstrategie.

Beim Lesen der Grundlagen für diese Gesamtstrategie waren wir doch etwas überrascht, wie viele Konzepte und Strategien hier bereits existieren. Sie finden das auf der Seite 4, es ist eine wirklich grosse Anzahl, die hier bereits vorliegt. Wir hoffen, dass all diese Papiere auch wirklich aufeinander abgestimmt sind und tatsächlich Anwendung finden – und nicht, dass diese in einer Schublade vor sich hin stauben. Weil ich denke, hier wurde bereits eine wirklich grosse Vorarbeit geleistet.

Die Mitte-Fraktion ist der Meinung, dass die vorliegende räumliche Gesamtstrategie nicht einfach nur die Mitwirkung und Vernehmlassung zusammenfasst. Vielmehr bekennt sich der Stadtrat im vorliegenden Papier zu seiner Vision und Strategie für die Ortsplanungsrevision. Insofern erachten wir es als sehr wichtig und angemessen – vielleicht entgegen der Ansicht der beiden Kommissionspräsidenten –, bereits in diesem frühen Stadium unsere konkreten Anmerkungen, Beurteilungen und teils auch Bedenken dem Stadtrat mit auf den Weg zu geben. Somit folgen unsere konkreten Anliegen zu den einzelnen Kapiteln:

Zu Kapitel 2 – Die Stadt mit dem lebendigen Zentrum:

Es ist hier die Rede von der Vorstadt als verkehrsarmer Bereich. Solange der Stadttunnel noch nicht Realität ist, gelingt dies wohl nur, wenn der Verkehr über die Bahnhofstrasse geleitet wird, allenfalls auch im Gegenverkehr. Gleichzeitig wird erwähnt, dass die Haupteinfallstrassen als repräsentative Stadträume gestaltet und deren Trennwirkung vermindert werden sollen. Für uns ist das ein gewisser Widerspruch. Es darf nicht sein, dass man für die verkehrsarmer Vorstadt dann einfach die Bahnhofstrasse «opfert». Die Attraktivität der Bahnhofstrasse als Einkaufsmeile mit diversen Kleinlokalen muss zwingend erhalten und sogar verbessert werden.

Weiter fehlt uns beim einfachen Zentrumstunnel die klare Einbindung in das Mobilitätskonzept. Der Tunnel darf keinesfalls als isolierte Massnahme der Stadt Zug forciert werden. Priorität hat das

Mobilitätskonzept, und darin muss der Tunnel sinnvoll implementiert werden. Ansonsten verlagern wir die Verkehrsprobleme einfach in die Wohnquartiere um das Zentrum herum.

Zu Kapitel 3 – Die Stadt der vielfältigen Quartiere und kurzen Wege:

Grundsätzlich gehen wir mit dem Stadtrat einig, dass die Verdichtung fokussiert in Gebieten im Norden und Westen der Stadt passieren soll.

Gleichzeitig ist auch vermerkt, dass man die quartierspezifische Dichte in den übrigen Quartieren bewahren will. Die Mitte-Fraktion will aber ganz klar auch eine zeitgemässe Entwicklung der bestehenden Einfamilienhaus-Quartiere ermöglichen. Die Wohnbedürfnisse von Familien haben sich verändert, die Raumaufteilung und Wohnflächen aus den 60er Jahren sind nicht mehr zeitgemäss. Das führt dazu, dass die Häuser für Familien mit zwei oder mehr Kindern schlicht und einfach zu klein sind und ein adäquater – ich betone, ein adäquater – Ausbau auf Grund der Ausnützung nicht möglich ist. Oder dass angebaute Räume auf Grund der bereits erreichten Ausnützungsziffer offiziell nicht geheizt werden dürfen und dann einfach mit einem Elektro-Ofen bewohnbar gemacht werden – das ist Realität und sicher nicht im Sinne des Erfinders. Um eine zeitgemässe Entwicklung dieser Quartiere zu ermöglichen, ist eine massvolle und dezente Erhöhung der Ausnützung in diesen Quartieren ebenfalls angezeigt.

Und ich betone hier ganz klar: Es geht nicht darum, diese Quartiere nun ebenfalls massiv auszubauen und zu verdichten. Es geht wirklich um eine zielgerichtete und dezente Erhöhung der Ausnutzung, um die zeitgemässe Weiterentwicklung dieser Quartiere zu ermöglichen.

Zu Kapitel 4 – Die Stadt mit der flächeneffizienten Mobilität:

In der heutigen Situation wird der Verkehrsfluss in vielen Bereichen durch nicht-geleitete Fussgängerstreifen unterbrochen, so beispielsweise am Kolinplatz oder auch beim Bundesplatz. Vermehrter Einsatz von Lichtsignalanlagen oder vergleichbaren Systemen würden hier ohne Qualitätseinbusse für Fussgänger Abhilfe schaffen.

Gleichzeitig ist in diesem Abschnitt nie die Rede vom Auto oder vom sogenannten MIV. Dies soll aber weiterhin seine Berechtigung haben – es ist dies die einfache Realität. Auch wenn wir dann alle einmal elektrisch und mit Autopilot unterwegs sind – verschwinden wird der MIV – leider – nicht.

Zu Kapitel 5 – Die Stadt mit den vielfältigen, vernetzten Grünflächen:

Die Schaffung extensiver siedlungsnaher Erholungszonen ist wohl richtig. Gleichzeitig muss der Bewahrung von landwirtschaftlicher Nutzfläche aber auch angemessene Bedeutung beigemessen werden.

Es sind dies unsere Punkte und Rückmeldungen, die wir gerne mit auf den Weg geben möchten, weil wir dieses Papier wirklich so empfinden, dass darin auch die zentrale Strategie und Vision des Stadtrates enthalten ist und dass jetzt der richtige Zeitpunkt ist, nicht um sehr konkrete Punkte anzumerken, aber doch um unsere ersten Anmerkungen zu platzieren.

Dies möchten wir gerne mit auf den Weg geben und mit diesen Hinweisen nimmt die Mitte-Fraktion Kenntnis von der räumlichen Gesamtstrategie.

Heinz Röthlisberger

Der Mitwirkungsbericht ist ein echter Demokratie-Booster. Wenn Bürgerinnen und Bürger sehen, dass sie ernst genommen werden, dann verstehen sie: die Behörden hören zu und Engagement lohnt sich. Das ist hier geschehen und in diesem Sinn gebührt dem Baudepartement dafür herzlicher Dank.

Ebenfalls danken möchten wir für die Gesamtstrategie. Lobend hervorzuheben sind besonders Aussagen in den Kapiteln 1 und 3, das Bekenntnis zur klimafreundlichen Raumentwicklung, zu kurzen Wegen, Schaffung von Freiräumen und nicht zuletzt – das wird Sie nicht überraschen – zu sozialer Durchmischung und zur Förderung preisgünstigen Wohnraums. Da werden wir in der Umsetzung sicher das eine oder andere zu diskutieren haben, aber für den Moment stellen wir fest: die Marschrichtung stimmt.

Zum Mobilitätskapitel 4 möchte die SP dem Stadtrat aber gerne zwei Anliegen mitgeben:

Erstens geht es um die verschiedenen Mobilitätsarten. Es ist zwar richtig, dass als strategisches Ziel ein gleichberechtigtes Miteinander aller Verkehrsteilnehmenden angestrebt wird. Aber: Das heisst im Klartext eben auch, dass kommende planerische Massnahmen dezidiert den Langsamverkehr bevorzugen müssen, da heute der Individualverkehr mehr Raum und Rechte geniesst. Um auf Gleichberechtigung zu kommen, braucht es also eine Phase geplanter Einseitigkeit. Dies umso mehr, als dass der Stadtrat gemäss seiner Antwort auf einen Vorstoss der SP davon ausgeht, dass die Stadt weiterhin sehr stark wachsen wird. Vor diesem Hintergrund scheint uns das Statement zur mobilen Gleichberechtigung vielleicht etwas gar dünn geraten und ich meine, dass selbst auf der Ebene der Strategie hier etwas mehr Konkretion erwartet werden dürfte.

Und zweitens regen wir an, rasch und entschieden Druck auf den Kanton auszuüben. Dessen Mobilitätskonzept liegt nämlich noch nicht vor. Dieser Umstand könnte früher oder später dazu führen, dass bei städtischen Planungsschritten wegen Verzögerungen auf kantonaler Ebene die Pausentaste gedrückt werden muss. Das gilt es unbedingt zu verhindern. Deshalb ist jetzt eine gute Zeit, um aufzubegehren.

Ergänzt um diese zwei Anliegen zur Mobilität nimmt die SP-Fraktion zustimmend Kenntnis von der räumlichen Gesamtstrategie und dem Einwendungsbericht.

David Meyer

Wir von den Grünliberalen bedanken uns beim Stadtrat für die räumliche Gesamtstrategie.

Der BKP-Präsident hat's vorher erwähnt: Es haben nicht alle Parteien Rückmeldung gegeben. Sie fragen sich vielleicht, weshalb wir Grünliberalen darunter waren. Nun, der Grund ist sehr einfach: Die räumliche Gesamtstrategie entspricht genau unseren seit Jahren geäusserten Forderungen. Schauen wir mal die 5 Kernpunkte auf der Folie 1 an:

Die Stadt mit dem klaren Bekenntnis zu Nachhaltigkeit und Verdichtung:
Könnte förmlich aus unserm Parteiprogramm abgeschrieben sein.

Die Stadt mit dem lebendigen Zentrum für alle:
Die GLP ist gesellschaftlich ja sehr offen, sehr liberal, für alle möglichen Lebensmodelle. Auch hier könnte es aus unserem Parteiprogramm abgeschrieben sein.

Die Stadt der vielfältigen Quartiere und kurzen Wege:

Die GLP ist bekanntlich progressiv, durchaus für Neues zu haben, weiss aber auch Schönes zu bewahren. Die gelungene Mischung hiervon ergibt fast automatisch vielfältige Quartiere. Also liegt uns Grünliberalen dies quasi in der DNA.

Die Stadt mit der flächeneffizienten Mobilität:

Die GLP fordert seit jeher effiziente Mobilität. Das ist eigentlich schon damals bei der Gründung eines unserer Anschlagthemen gewesen, könnte aus unseren Grundsatzpapieren abgeschrieben sein. Ja, es ist sogar ein Stadttunnel vorgesehen. Die GLP hat sich schon bei der letzten Abstimmung für den Stadttunnel eingesetzt. Denn in Zug herrschen einfach nun mal sehr beengte Verhältnisse zwischen Berg und See. Weshalb also den MIV nicht in den Berg verlagern. Mit dem Stadttunnel würden die wertvollen innerstädtischen Flächen vom Autoverkehr befreit, der Langsamverkehr bekommt mehr Raum und die Stadt mehr Grün, auch das passt doch voll in unser Parteiprogramm.

Die Stadt mit den vielfältigen, vernetzten Grünräumen:

Die Grünräume sind wichtig für die Biodiversität und für das Mikroklima. Auch hier könnte es aus unserem Parteiprogramm abgeschrieben sein.

Wir bedanken uns deswegen beim Stadtrat herzlich dafür, dass er unsere Anliegen durch's Band in die räumliche Gesamtstrategie aufgenommen hat.

Es ist uns natürlich schon klar, dass der Teufel dann im Detail steckt und die Umsetzung noch viel Raum für Fehlinterpretationen der Grundsätze bietet. Aber der nächste Detaillierungsgrad, die Umsetzung, kommt erst noch, und da bleiben wir eben einfach dran, dass die Stossrichtungen in unserem Sinne bleiben.

Etienne Schumpf

Strategien und Strategieprozesse sind tolle Sachen, so darf ich mich seit 12 Jahren in meinem Berufsleben intensiv mit diesen Fragestellungen auseinandersetzen. Und ich kann Ihnen sagen, es gibt auf dieser Welt unglaublich viele tolle Strategien. Aber das Problem ist, dass die meisten dieser Strategien nicht gelebt werden und nicht mit Leben gefüllt werden. Und das ist eigentlich das Entscheidendste an einer Strategie, dass diese regelmässig überprüft wird und auch sichergestellt wird, dass die Strategie auch zum Leben erweckt wird.

Die vorliegende Strategie legt den Grundstein für eine überlegte und qualitativ sehr gute Entwicklung der Stadt Zug. Es ist wichtig, dass für die Entwicklung die Leitplanken gesetzt werden, aber auf neue Verbote und Gebote verzichtet wird.

Für die FDP-Fraktion ist entscheidend, dass die unterschiedlichen Verkehrsteilnehmer nicht gegeneinander ausgespielt werden und wo immer möglich Lösungen gefunden werden, wo alle diese Verkehrsteilnehmer nebeneinander existieren können.

Es ist für uns aber auch wichtig für die qualitative Aufwertung des Stadtzentrums, dass ein einfacher Zentrumstunnel realisiert wird. Dafür wird sich die FDP entscheidend einsetzen.

In diesem Zusammenhang sehen wir es aber kritisch – wie bereits von den Vorrednern erwähnt –, dass wenn man das Zentrum mit dem Verkehr beruhigen möchte, dann nicht gleichzeitig der motorisierte Individualverkehr im Gegenverkehr auf der Bahnhofsstrasse geführt werden kann. Das ist sicherlich ein Knackpunkt in dieser Strategie, den wir besonders herausstreichen möchten. Bis das

Thema des einfachen Zentrumstunnels angegangen werden kann, stellt dies sicherlich eine ganz besondere Herausforderung im Stadtzentrum dar.

Ein weiterer wichtiger Punkt der Strategie ist die überlegte Entwicklung der Quartiere. Ich denke, es ist eine sehr schöne und besondere Eigenheit der Stadt Zug, dass jedes Quartier einen entsprechenden Charakter hat, oft auch noch mit einem Schulhaus oder Kindergarten verbunden. Es ist wichtig, dass der Durchmischung mit verschiedenen Altersgruppen entsprechende Beachtung geschenkt wird und auch Grün- und Freiräume entsprechend geschaffen werden können.

Darum zum Schluss: Vor uns liegt eine sehr gute und breit abgestützte Strategie. Nicht nur der Stadtrat, sondern wir alle sind in der Verantwortung, dass diese auch gelebt und angewendet wird, um eine überlegte und qualitativ gute Entwicklung für unsere Stadt zu gewährleisten.

Wir nehmen die Strategie zur Kenntnis.

Michèle Willmann

Auch wir möchten uns beim Stadtrat für die vorliegende räumliche Entwicklungsstrategie bedanken, sie enthält viele gute Ansätze. Die fünf Leitsätze von «Die Stadt mit dem klaren Bekenntnis zu Nachhaltigkeit und Verdichtung» bis zu «Die Stadt mit den vielfältigen, vernetzten Grünräumen» sind sicherlich sehr zu begrüßen. Die GLP scheint sich rein auf die gut klingenden fünf Leitsätze beschränkt zu haben, wir haben noch etwas genauer hingeschaut.

Solche Strategiepapiere können unterschiedlich detailliert ausfallen. Die vorliegende räumliche Entwicklungsstrategie befindet sich auf einer hohen Flugebene. Wirklich konkret wird es daher erst mit der anstehenden Gesamtrevision der Nutzungsplanung. Wir bedauern, dass die räumliche Entwicklungsstrategie nicht bereits konkretere Aussagen enthält.

Ich komme mir ehrlich gesagt langsam etwas blöd vor, dass wir immer und immer wieder dasselbe sagen müssen. Doch lasst ihr uns leider keine andere Wahl. Die ewige Gleichbehandlung aller Verkehrsteilnehmenden macht leider niemanden glücklich. Der Stadtrat versteht beispielsweise eine Temporeduktion als Gleichbehandlung, da der Strassenraum mehr oder weniger gleich dimensioniert bleibt und kein Verkehrsmittel verbannt wird. Fragt man die SVP, sehen die das bestimmt nicht als Gleichbehandlung an. Und auch wir verstehen unter einer Gleichbehandlung bestimmt nicht, dass für zig Millionen ein Tunnel für den motorisierten Individualverkehr gebaut wird und die Stadt im Gegenzug nur wenig entlastet wird. Nicht einmal im Zusammenhang mit einem Stadttunnel sind markante Anpassungen am Verkehrsregime angedacht. Verkehrsarm und verkehrsfrei sind definitiv nicht das gleiche. Aufgrund des hohen Quell- und Zielverkehrs würden diese einseitigen Ausgaben niemals in einem angemessenen Verhältnis zu den Kosten stehen. Dass wir einen hohen Quell- und Zielverkehr haben, zeigen nicht nur die Analysen. Das wird auch ersichtlich, wenn man einen Plan betrachtet. Wir haben die Autobahn und die Tangenten. Unser Verkehrsproblem ist hausgemacht. Der wenige Durchgangsverkehr, der östlich des Sees durchführt, ist definitiv nicht matchentscheidend. Statt so viel Geld in einen Tunnel zu investieren, der in unserer dynamischen Welt erst nach x Jahren Bauzeit fertiggestellt wird, könnte das Geld viel wirkungsvoller und zeitnaher eingesetzt werden. Wir müssen am hohen Quell- und Zielverkehr ansetzen.

Was ich mit diesen Ausführungen zur Gleichbehandlung sagen will: Die «Gleichbehandlung aller» klingt zwar marketingtechnisch gut, sie funktioniert aber schlichtweg nicht und ist auch einfach nicht ehrlich. Es braucht mutige Entscheide, die sicherlich auch nicht bei allen auf grenzenlose Zustimmung stossen werden. Der Verkehr muss gelenkt und der Modalsplit markant verändert werden. Es ist uns

völlig klar, dass der MIV auch in Zukunft eine Rolle spielen wird, wir wollen diesen auch nicht verbannen. Es braucht aber definitiv frappante Anpassungen an der Infrastruktur, sodass wir den Modalsplit gegenüber weniger flächenintensivem Verkehr wie dem ÖV sowie dem Fuss- und Veloverkehr verbessern können. Anders ist das anstehende Wachstum nicht zu bewältigen. Man beachte die zahlreichen Bebauungspläne, die in der Pipeline stehen...

In diesem Belangen enthält uns die Strategie viel zu wenig Inhalt. Nur punktuelle Niedriggeschwindigkeitsregimes sind wohl kaum zielführend. Zudem bemängeln wir den Ausbau des Mischverkehrs stark. Seit Jahren, wenn nicht Jahrzehnten ist bekannt, dass diese Lösung unsicher, unattraktiv und unbeliebt ist. Wenn man an gewissen Stellen nun gar Rückschritte machen will, dann schockiert uns das ehrlich gesagt. Wenn wir nicht den vollen Fokus auf eine verbesserte Infrastruktur für den Fuss-, Velo- und öffentlichen Verkehr legen, dann haben wir grosse Bedenken für die Zukunft unserer Stadt. Wie gesagt, auch der MIV wird seinen Platz behalten können. Es kann aber nicht sein, dass dieser fortan gleiche Gewichtung erhält, obwohl es sich um das flächenintensivste und häufig leider auch das umweltschädlichste Verkehrsmittel handelt. Aktiv lenken lautet die Devise. Dabei muss Gross gedacht werden, wie beispielsweise Anpassungen am Verkehrsregime, denn der Platz ist bekanntlich begrenzt. Die Verkehrspromenade Zug machte diesbezüglich einen ersten Vorschlag.

Weiter möchten wir nochmals betonen, dass ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Wohnen und Arbeiten für eine gesunde Stadtentwicklung von hoher Wichtigkeit ist. Das heutige ungesunde Gleichgewicht führt zu extremen Pendelndenströmen, was sich negativ auf die Lebensqualität auswirkt. Dies würde sich bei gleichbleibender Entwicklung in Zukunft weiter verschärfen. Die Strategie wurde zwar aufgrund unseres Inputs leicht angepasst, doch geht uns das noch viel zu wenig weit. In vielen anderen Schweizer Gemeinden müssen Arbeitsplätze vor einem Wachstum des Wohnungsmarkts geschützt werden. In Zug liegt das Gegenteil vor. Wir brauchen unbedingt mehr Wohnungen – mehr preisgünstige Wohnungen.

Der Mitwirkungsbericht ist übersichtlich und gut zusammengefasst. Beim genauen Betrachten merkt man aber, dass die Punkte, die wirklich «weh tun», kaum berücksichtigt wurden, auch wenn sie teilweise x-fach genannt wurden. Im Rahmen der Mitwirkung wurden daher eher nur marginale Anpassungen vorgenommen.

Abschliessend möchten wir uns als Fraktion Grüne-CSP nochmals für die Erarbeitung der Strategie bedanken und nehmen Kenntnis. Die fünf Leitsätze und viele Massnahmen können wir vollständig unterstützen. Wir hätten uns aber seitens Verkehr mutigere Lösungen und generell bereits mehr konkretere Aussagen gewünscht, umso entscheidender wird die eigentliche Überarbeitung der Nutzungsplanung sein, worauf wir mit Spannung warten.

Philip C. Brunner

Ich verzichte darauf, namens der SVP das Parteiprogramm hier breit auszuwalzen, sondern nehme eher konkret Stellung – oder möglichst konkret und pragmatisch – zu den einzelnen Leitsätzen, den jeweiligen Kapiteln, die uns in der Ortsplanung beziehungsweise mit diesem Dokument der räumlichen Gesamtstrategie aufgezeigt wurden.

Die SVP-Fraktion begrüsst eigentlich inhaltlich das Kapitel 1. Wir sind zwar noch etwas kritisch beim Postplatz, aber haben festgestellt, dass mit dem vor ein paar Tagen frisch oder neu eröffneten Kiosk ein positiver Akzent gesetzt wurde, nachdem dort während Wochen, wenn nicht Monaten, ein unansehnlicher Betonblock auf irgendwelche weitere Punkte oder weiteres Fortschreiten gewartet hat. Wir wünschen diesem Kiosk viele Kunden.

Wir haben auch gesehen, dass die 25 Parkplätze, die der Postplatz hat – wenn ich es richtig im Kopf habe nördlich 12 und südlich 10 sowie ein Taxiparkplatz, ein Mobility-Parkplatz und ein Behindertenparkplatz, ergibt zusammen 25 Parkplätze – erhalten geblieben sind. Wir hoffen, dass der Kiosk sich nicht als kleines Gartencafé ausweitet. Die Position beziehungsweise diese Möglichkeit ist doch an anderen Orten gegeben, beispielsweise am oberen Postplatz. Wir haben kein Problem mit dieser Aussengastronomie des neuen Bindella-Restaurants.

Beim Leitsatz 2 zur Gestaltung der Trilogie und des Zentrums werden wir uns selbstverständlich – wie auch die FDP es versprochen hat – für den Zentrumstunnel einsetzen. Wir hoffen, dass da eine gute Lösung kommt, und zwar nicht nur für den MIV, sondern auch für den öffentlichen Verkehr, der doch zeitweise eher ein Problem darstellt, wenn Sie am Abend schauen, wie sich am Postplatz drei und mehr Busse hintereinander stauen und gegenseitig behindern und wie die frustrierten ÖV-Benutzer dann eben warten müssen, bis wieder der nächste Bus abgefahren ist.

Das Niedriggeschwindigkeitsregime lehnen wir ab. Wir denken, es gibt auch indirekte Massnahmen, um das Tempo zu verhindern. Ich nehme als Beispiel die Zeughausgasse. Kein Mensch fährt dort mit der eigentlich technisch erlaubten Geschwindigkeit von 50 km/h durch, das ist gar nicht möglich, sondern man nimmt eben Rücksicht auf entgegenkommende Velofahrer, Fussgänger und so weiter.

Beim Leitsatz 3 sind wir mit den Massnahmen gegen den MIV nicht einverstanden. Wir erinnern daran, dass das Strassennetz eben nicht nur für den Individualverkehr, sondern auch für die Blaulichtorganisationen – darauf kommen wir heute vielleicht noch beim Thema der Bodenwelle zurück – und die Lieferanten von Waren da ist. Letztlich ist der Verkehr doch auch ein Teil dieses Puzzles, den wir für den Wohlstand brauchen, was wir auch während der Pandemiezeit festgestellt haben.

Die Optimierung des Busnetzes im Leitsatz 4 und die Massnahmen zugunsten des Gewerbes werden selbstverständlich begrüsst.

Beim Leitsatz 5 sind wir dagegen, diese Velowege – so wie sie die Grünen jetzt angekündigt haben – gegen den MIV antreten zu lassen. Pragmatische Einzellösungen und geschicktes Einbauen von Grün – Bäume, Schattenspender etc. –, damit haben wir überhaupt kein Problem. Im Gegenteil, wir begrüessen das und möchten den Stadtrat auch ermutigen.

Es gab vor einiger Zeit einmal einen Vorstoss bezüglich der Bahnhofstrasse. Dort ist wirklich eine Betonwüste. Seinerzeit hat man dort – unter einem SP-Stadtpäsidenten im Übrigen – das neue Bahnhofstrasse-Konzept eingeführt. Das hat damit geendet, dass man Bäume abgeschnitten hat – ein, zwei Bäume haben noch überlebt. Ich glaube, vor der Finanzdirektion beziehungsweise dem Steueramt steht noch einer dieser ehemaligen Bäume und auf der anderen Seite ist das ebenfalls der Fall. Bäume sind wichtig. In diesem Sinne hat die Stadt nicht immer gut gehandelt.

Ich erinnere daran, dass beim Casino-Umbau die schönen japanischen Flieder in einer Nacht-und-Nebel-Übung einfach verschwunden sind. Ich erinnere daran, dass beispielsweise im Herti Quartier die Parkplätze bei den Schrebergärten im Norden bei der Feldstrasse einfach weggenommen wurden. Nachher hat man wieder Bäume gepflanzt. Warum das passiert ist, habe ich nie ganz eingesehen. Ich denke, wir müssen unserem Baumbestand wirklich Sorge tragen.

Ich habe in diesem Zusammenhang auch einen Anruf von einem Anwohner erhalten. Der hat eine schöne alte Föhre in seinem Vorgarten. Diese Föhre ist gefährdet durch den Einbau von Circulago-Leitungen und anderen Leitungen. Ich muss das mit der Bauchefin dann wirklich nochmals anschauen. Es wäre sehr jammerschade, wenn das Wurzelwerk dieser Bäume nicht entsprechend geschützt werden kann und die Bäume entsprechend eingehen. Wir sind schon für den Fortschritt. Wir

sind auch dafür, dass unsere Stadt ihre Ziele bezüglich dem Klima versucht einzuhalten, aber man muss da schon auch auf die privaten Interessen der Eigentümer Rücksicht nehmen. Da sind offenbar von der Stadt her Töne gefallen, die nicht angebracht sind gegenüber den Eigentümern in dieser Stadt. Und das ist ein kleines Beispiel, ein Mikrobeispiel, was diese räumliche Gesamtstrategie – ich nehme das Wort meiner Vorrednerin bezüglich Flughöhe auf – ja, es ist einfach auf der heutigen und jetzt vorliegenden Flughöhe zu diskutieren. Der Teufel steckt bekanntlich in den Details. Und da wünsche ich dem Stadtrat und seiner Verwaltung alles Gute, dass das wirklich so einwohnergerecht und so stadtgerecht wie möglich umgesetzt werden kann.

Die SVP-Fraktion nimmt den Bericht des Stadtrats zur Kenntnis.

Eliane Birchmeier, Stadträtin

Ich danke Ihnen zuerst für Ihre Voten. Ich habe festgestellt – und das freut mich und finde ich nicht ganz selbstverständlich –, dass Sie sich sehr tief mit dieser Materie befasst haben. Es gibt unterdessen ausreichend Dokumente. Ich spüre aus Ihren Voten und Feststellungen, die Sie jetzt gemacht haben, dass Sie sich sehr detailliert damit auseinandergesetzt haben.

Ich freue mich natürlich auch über das Lob. Das nehme ich sehr gerne entgegen. Es ist nicht immer selbstverständlich, dass der Stadtrat auch so gelobt wird.

Aber ich habe natürlich die Zwischentöne schon auch gehört. Auch wenn sich jetzt alles noch sehr wohlwollend anhört, spürt man natürlich schon, wo die Differenzen sind. Das ist auch uns, das ist dem Baudepartement und dem Stadtrat bewusst.

Was ich vielleicht auch sagen kann: Wir haben natürlich schon recht konkrete Aussagen gemacht. Wir haben unsere Haltung als Gesamtstadtrat klargemacht. Es geht hier ja vor allem um die Mobilität. Ich denke, wenn man das genau liest – auch wenn die Flughöhe noch sehr hoch ist –, haben wir uns für einen gleichberechtigten Verkehr von allen Verkehrsträgern – und da möchte ich betonen, vor allem auch des MIV, vor allem auch des Autoverkehrs – ausgesprochen.

Wie geht es weiter?

Die erste Phase der Ortsplanung ist mit der heutigen Diskussion im GGR abgeschlossen. Wir sind bereits aktiv in der zweiten Phase. Hier geht es um die Richt- und Nutzungsplanung. Wir haben teils schon gehört, wie der Fahrplan aussieht. Es ist vorgesehen, dass der neu zusammengesetzte Stadtrat im Januar 2023 in einer ersten Lesung zum kommunalen Richtplan, zum Zonenplan, zur Bauordnung und zum Planungsbericht Stellung nehmen wird. Das wird dann nochmals überarbeitet, damit es dann ungefähr im Mai 2023 so weit ist, dass es zur Vorprüfung beim Kanton geht und gleichzeitig die vorgeschriebene öffentliche Mitwirkung stattfinden kann.

Und dann, wenn alles so nach Fahrplan läuft, wird der GGR sich ungefähr ab Herbst 2023 mit der zweiten Phase der Ortsplanungsrevision befassen. Das ist diese Phase, wo wir alle in die Hosen steigen und die sehr arbeitsintensiv sein wird.

Weiter zu Zentrumsplanung/Mobilität: Wir haben immer gesagt, dass wir nicht einfach abwarten, bis wir dann die zweite Phase auch abgeschlossen haben. Wir arbeiten auch an den anderen Themen weiter. Ein wichtiger Aspekt oder ein wichtiges Thema ist die ganze Zentrumsplanung/Mobilität. Dort haben wir uns entschieden, dass wir einerseits die kantonale Richtplanung mit dem einfachen Zentrumstunnel, der ja wieder aufgenommen werden soll – nicht nur Umfahrung Stadt Zug, sondern auch Ägeri –, dass wir diesen Beschluss, der dann im kommenden Sommer in den Kantonsrat

kommen soll abwarten und dann darauf aufbauend unsere Mobilitätsstrategie im Zentrum ausarbeiten, wieder zusammen mit Ihnen und zusammen mit der Bevölkerung. Gleichzeitig können wir aber wichtige Vorarbeiten machen. Das heisst, dass wir die erforderlichen Daten wie Verkehrsdaten, Verkehrsmessungen, gewisse Modellierungen aufbereiten werden, damit wir dann auch im nächsten Sommer bereit sind und dafür nicht weitere Zeit verlieren.

Ich bin überzeugt, zur Zentrumsplanung/Mobilität wird es noch intensive Diskussionen geben. Es wird auch ein Spagat sein, diese unterschiedlichen Interessen und Bedürfnisse dann irgendwie doch unter ein Dach zu bringen.

Das zweite ist, dass wir an Sofortmassnahmen dran sind oder diese weiter fortführen, seien dies fortlaufende Verbesserungen für einzelne Verkehrsteilnehmer, seien es Fussgänger, Velofahrende und andere. Wir werden weitermachen mit der Stärkung der Quartiere, wie es auch im Strategiebericht umschrieben ist. Selbstverständlich werden wir auch sehr viel Energie in die Weiterentwicklung und den Ausbau der Grünräume setzen. Da sind wir uns alle einig – das habe ich heute gehört. Auch enorm wichtig ist, es sind einige Planungen, einige Sondernutzungsplanungen am Laufen. Auch dort müssen wir die nachhaltigen und ressourcenschonenden Aspekte weiter vorantreiben.

Für mich waren die Voten heute enorm wichtig. Ich danke Ihnen für die Mühe, die Sie sich gemacht haben. Wir werden das aufnehmen. Auch wenn ich mir jetzt nicht Notizen gemacht habe, haben wir ja glücklicherweise ein gutes Protokoll. Das wird für uns wie eine kleine Bibel sein, die uns in den nächsten Schritten begleiten wird, auf die wir auch immer wieder referenzieren werden.

So weit zur ersten Phase der Ortsplanung. Ich bin glücklich, dass wir das heute so mal abschliessen können. Ich kann eigentlich nur noch sagen: Es bleibt spannend.

Ergebnis

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson stellt fest, dass der Rat den Bericht des Stadtrats und die «Räumliche Gesamtstrategie Zug 2040» zur Kenntnis genommen hat.

7. Interpellation D. Amrein, ALG, und Mitunterzeichner vom 8. April 2022 betreffend «Was ist los im Baudepartement?»

Es liegt vor:

- Antwort des Stadtrats Nr. 2733 vom 17. Mai 2022

Dagmar Amrein

Ich spreche hier als Vertreterin der Fraktion ALG-CSP und nicht im Namen aller Interpellanten, da diese aus diversen Fraktionen stammen.

Die ALG-CSP dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation. Auf den ersten Blick sehen die Zahlen gut und beruhigend aus und unsere Befürchtung, dass das Baudepartement unterbesetzt sei und zu viel Know-how verloren gegangen sei, scheint unbegründet.

Beim genaueren Hinsehen jedoch werden wir stutzig: Wir stellen Ungereimtheiten fest, die erneut Fragen aufwerfen:

So werden unter Punkt 1.3, aufgelöste Arbeitsverhältnisse, im Jahre 2021 deren drei angegeben. Gemäss Mitarbeiterliste im Jahresbericht jedoch – welchen wir an der vergangenen Sitzung behandelt haben – sind es vier Personen, welche das Baudepartement im vergangenen Jahr verlassen haben.

Weshalb stimmen diese Zahlen nicht überein?

Wo in der Darstellung der Interpellation ist der Stadtarchitekt zu finden? Wurde sein Abgang auf das Jahr 2022 verbucht, obwohl er gemäss Jahresbericht die Stadt per 31. Dezember 2021 verlassen hat?

Wir wissen von mindestens zwei langjährigen Mitarbeitenden, welche zu Beginn des Jahres 2022 ihren Dienst quittiert haben, und weiteren, die pensioniert wurden. Ich habe bei der zuständigen Stadträtin Eliane Birchmeier nachgefragt und sie hat bestätigt, dass im laufenden Jahr bis im Mai zwei Mitarbeitende durch Kündigung und zwei durch Pensionierung das Baudepartement verlassen haben. Zwei weitere Abgänge nach den vier im letzten Jahr, das verändert das Bild dann doch etwas, das wären dann sechs Personen zwischen Mai 2021 und Mai 2022, was fast 20 % entspricht.

Zugegeben, nach den Zahlen des Jahres 2022 hatten wir Interpellanten gar nicht gefragt. Trotzdem fragen wir uns nun: Ist das Problem womöglich aktueller als wir angenommen hatten?

Vom Organigramm des Baudepartements hätten wir uns gewünscht, dass ersichtlich wird, wie viele Personen jeweils in einem Bereich arbeiten. Darüber gibt das Organigramm leider keine Auskunft. Geht man auf die Homepage der Stadt Zug, so ist im Bereich Städtebau nur eine einzige Person aufgeführt. Wie ist es möglich, dass eine einzige Person alle aufgeführten Aufgaben des Städtebaus, also die Projektleitungen, die Koordination mit der Denkmalpflege, Wettbewerbe Dritter sowie die Stadtbildkommission, übernimmt? Wie geht die Aussage des Stadtrates, dass alle Stellen hätten besetzt werden können, mit der Tatsache zusammen, dass im Bereich Städtebau nur eine einzige Person arbeitet?

Die Stadt Zug hatte in diesem wie auch in vergangenen Jahren einen Investitionsstau. Im GPK-Bericht zur Jahresrechnung wurde festgestellt, dass die Realisierungsquote tief sei. Dass sich – wie unter Punkt 3.1 festgehalten – die Krankheitsausfälle im 2021 im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt haben, wird auch nicht geholfen haben.

Zug ist eine wachsende, prosperierende Stadt. Es stehen grosse Bauprojekte sowie die Ortsplanungsrevision an. Um diese Projekte erfolgreich umsetzen zu können, braucht die Stadt ein gut aufgestelltes Baudepartement. Mindestens im Bereich Städtebau erscheint uns dies nicht gegeben.

Abschliessend möchten wir festhalten, dass es für die Transparenz wichtig wäre, wenn Umstrukturierungen frühzeitig kommuniziert werden.

Wegen den Ungereimtheiten und Fragen, die für uns nach wie vor ungeklärt sind, können wir von der ALG-CSP die Beantwortung der Interpellation noch nicht zustimmend zur Kenntnis nehmen.

Wir wären froh, wenn sich die zuständige Stadträtin noch zu folgenden Fragen äussert:

- Wo in der Darstellung der Interpellation ist der Stadtarchitekt zu finden?
- Wie viele Abgänge gab es im Jahr 2022 bis dato?
- Ist es tatsächlich so gedacht, dass im Bereich Städtebau nur eine einzige Person arbeitet? Oder sind im Baudepartement in naher Zukunft weitere Umstrukturierungen geplant?

Mathias Wetzel

Vorab gilt unser Dank dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation und für die Aufbereitung des interessanten und aussagekräftigen Zahlenmaterials. Aus der Antwort geht zweifelsohne hervor, dass die Fluktuation im Baudepartement, wie auch beim Werkhof, im und teils sogar unter dem städtischen Durchschnitt liegt und kein Grund zur Sorge besteht.

Dass zwischen Arbeitgebern und den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei einer Vertragsauflösung einvernehmliche Vereinbarungen abgeschlossen und in diesen auch sogenannte Stillhaltekláuseln vereinbart werden, ist nicht zuletzt auch in der Privatwirtschaft gang und gäbe. Es gehört heutzutage schlichtweg zum guten Ton, dass solche Klauseln vereinbart werden.

Grundsätzlich positiv zu werten ist, dass es in den letzten sieben Jahren gesamthaft in der Verwaltung nur zu zwei arbeitsgerichtlichen Verfahren gekommen ist. Dass von Zeit zu Zeit auch Freistellungen ausgesprochen werden müssen, ist gerade bei Kaderpositionen normal und hat keinen negativen Beigeschmack.

Die Abklärungen bei der Personalleitung haben überdies ergeben, dass die Absenzen im Werkhof stabil sind und sich auch im Vergleich mit der SUVA-Statistik absolut im Rahmen halten. Da sich die Mitarbeiter des Werkhofes auch bei Wind und Wetter draussen aufhalten, kann es gut sein, dass diese Umstände zu mehr Ausfällen führen. Weiter zu berücksichtigen gilt es, dass auch Krankheiten am Bewegungsapparat mitunter zu Ausfällen führen, welche auch länger andauern können.

Dass der Fachkräftemangel auch nicht vor der Stadt Zug halt macht, ist klar. Umso erfreulicher ist, dass mit Ausnahme einer Stelle im Hochbau alle Stellen besetzt sind oder wieder besetzt werden konnten. Insofern ist das Baudepartement auch auf Seiten des Recruitings auf Kurs.

Fazit, das Baudepartement ist gut aufgestellt und es besteht kein Grund zur Besorgnis. Betrachtet man das Zahlenmaterial respektive die Antwort des Stadtrates, kann man festhalten, dass es sich bei der Interpellation um einen Sturm im Wasserglas handelte.

Die FDP-Fraktion nimmt den Bericht des Stadtrates dankend zur Kenntnis.

Ivano De Gobbi

Wir danken dem Stadtrat für die vorliegende Antwort auf diese Interpellation.

Es ist uns bewusst, dass im Baudepartement in der laufenden Legislatur eine Vielzahl von anspruchsvollen Projekten erfolgreich vorangetrieben wurde. Sicherlich ist die Motivation der Mitarbeitenden hoch, um dies zu bewältigen.

Trotzdem gilt es, genau hinzuschauen auf die Antworten des Stadtrates.

Bei der Nettofluktuation im Baudepartment sehen wir auch keine nennenswerten Abweichungen. Es sind zwei Kündigungen pro Jahr und das kann als normal gelten. Prozentual ist die übrige Verwaltung aber abnehmend, was beim Baudepartement mit einer viel kleineren Anzahl Mitarbeitenden nicht der Fall ist. Im Werkhof hingegen gibt es einen Sprung von vier Jahren nacheinander keine Kündigungen arbeitnehmerseitig auf vier Kündigungen im Jahr 2021. Aber wie bereits in der Antwort vom Stadtrat festgehalten, es ist alles normal und unter dem Durchschnitt.

Spannender wird nun die Betrachtung der Krankheitsausfälle. Hier ist in der Antwort vom Stadtrat zu lesen: «Auch in diesem Bereich ist das Baudepartement nicht auffällig.»

Schaut man die Zahlen nun etwas genauer an, gibt es schon Auffälligkeiten beim Baudepartement und im Werkhof.

So haben sich die Ausfallstunden pro Fall zwischen den Jahren 2019 und 2021 in beiden Bereichen verdoppelt, wobei die Stunden in der übrigen Verwaltung in etwa gleichgeblieben sind. Im Baudepartement sind die durchschnittlichen Absenzzzeiten 50 % höher als in der übrigen Verwaltung. Dass es im Werkhof grundsätzlich pro Fall längere Ausfallstunden gibt, dürfte angesichts der dort anfallenden Arbeit verständlich sein. Allerdings erklärt dies auch nicht die Verdoppelung der Ausfallstunden.

Ebenfalls spannend wird es, wenn man die Korrelation zwischen dem ausbezahlten Krankentaggeld und den Krankheitsfällen macht. Im Baudepartement wie auch im Werkhof wurden CHF 2000.00 Krankentaggeld pro Fall bezogen, in der übrigen Verwaltung nur CHF 350.00. Auch hier werde ich den Werkhof wieder nicht in Betracht ziehen, da diese Zahl, abgesehen vom Jahr 2020, ungefähr stabil blieb.

Beim Baudepartement selber deutet diese Zahl aber auf erhöhte Langzeitabsenzen hin. Es ist davon auszugehen – ich weiss es nicht, habe es nicht abgeklärt –, dass eine abgeschlossene Krankentaggeldversicherung erst nach 30, 60 oder sogar 90 Tagen zum Tragen kommt. Es lohnt sich, hier genauer hinzuschauen, worin diese Langzeitabsenzen begründet sind. Aus unserer Sicht ist der Anstieg der Absenzzrate oder positiv ausgedrückt ein Rückgang der Präsenzzrate ein Warn- oder sogar Alarmzeichen, das es ernst zu nehmen gilt.

Aber wie von Stadtrat bereits gesagt: Fas Baudepartement befindet sich in einer guten Verfassung.

Wir von der SP können dies mit den aufgezeigten Antworten nicht einfach so akzeptieren und nachvollziehen. Wir beantragen eine ablehnende Kenntnisnahme.

Christoph Iten

Auch wir danken dem Stadtrat für die gute und ausserordentlich schnelle, speditive Beantwortung der Interpellation.

Wir vertrauen dem Stadtrat, dass er die dargestellten Zahlen unvoreingenommen und neutral, ohne Ausnutzen von Graubereichen zusammengetragen und dargestellt hat. Die dargelegten Zahlen zeigen insofern keine ausserordentlich hohe Fluktuation oder Abgänge im Baudepartement auf. Dies steht zuweilen etwas im Widerspruch mit vereinzelt Aussagen von direkt betroffenen Mitarbeitern, welche die Situation etwas weniger positiv beschreiben.

Aus Erklärungen in der Jahresrechnung 2021, welche wir an der letzten Sitzung besprochen haben, kann zudem geschlossen werden, dass die personellen Ressourcen im Baudepartement wohl doch eher etwas knapp bemessen sind: Es ist die Rede von «Hohe krankheits-/unfallbedingte Ausfälle» oder «zurückgestellt wegen personeller Ressourcen» oder als Erklärung für Dienstleistungen Dritter im Bereich Baubewilligungen: «Überbrückung fehlender personeller Ressourcen». Dass mit der anstehenden Ortsplanungsrevision, die ja bereits begonnen hat, in den nächsten Wochen und Monaten nochmals zusätzliche Arbeitsbelastung dazukommt, macht die Situation wohl kaum besser.

Insofern Bedanken wir uns nochmals für die sachliche, gute und speditive Beantwortung der Fragen. Trotzdem räumen die Antworten unsere Bedenken betreffend personeller Ressourcen und Belastung im Baudepartement nicht restlos aus dem Weg.

Die Mitte-Fraktion nimmt Kenntnis von der Antwort des Stadtrates.

Ignaz Voser

Was ist los im Baudepartement? Das darf dieser Rat fragen und die Antwort des Stadtrates kann man so entgegennehmen.

In der Diplomatie würde man bei dieser Antwort des Stadtrates von einem dürren Communiqué sprechen. Auf sieben Seiten werden uns Tabellen und Erklärungen geliefert, welche wenig aussagekräftig sind.

Ich möchte mich deshalb über die Zahlen, wie viele Krankheiten, wie viele eingestellt und gegangen sind nur begrenzt äussern, sondern es geht um den Kern der Sache. Vor allem das Organigramm auf Seite 6, welches ohne die zuständigen Personen in den entsprechenden Feldern abgedruckt ist, hat wenig Informationsgehalt und ist für mich ziemlich Neuland. Von anderen Firmen sehe ich in den entsprechenden Kästchen auch die entsprechenden Personen und deren Funktionen.

Irgendwie beschleicht einem das Gefühl, hier nicht wirklich orientieren zu wollen.

Wie mir scheint, ist das grösste Manko beim Städtebau auszumachen. Diese Abteilung scheint man buchstäblich in die Bedeutungslosigkeit geführt und gespart zu haben. Wollte man den intellektuellen Besserwissern zeigen, wo der Bartli den Most holt? Oder ist sich der Stadtrat nicht bewusst, wie wichtig diese Abteilung ist und in Zukunft sein könnte? Wo ist uns denn in den vergangenen Jahren in Zug ein städtebaulich grosser Wurf gelungen? Überlegen Sie mal.

Von einstmals vier bis fünf Personen, von denen ich persönlich weiss, ist heute noch die stellvertretende Stadtarchitektin auf ihrem Posten. Wie ich gehört habe notabene mit 80 Prozent. Wenn sie, wie zurzeit, in den Ferien ist, existiert die Abteilung Städtebau nicht. Das kann nicht so bleiben.

Ich frage mich: Wie will der Stadtrat all die grossen Projekte und Herausforderungen und das Wachstum in den kommenden Jahren mit einer so hauchdünnen Personaldecke und dem Wissensverlust der letzten Monate im Städtebau bewältigen?

Wie will man die qualitative Verdichtung, die überall nötigen Stadtreparaturen in die richtigen Bahnen lenken? Wie will man die Entwicklung von Zug Süd zusammen mit dem Kanton zu einer qualitativen Lösung führen, wenn der Stadtarchitekt fehlt? Wie will man weitere Entwicklungen wie Herti Süd, Stadttunnel und all die anstehenden Bebauungspläne mit Hochhäusern irgendwie passend in unser Stadtgefüge integrieren, wenn dafür die nötigen personellen Ressourcen fehlen? Ich habe jetzt noch nicht alles aufgezählt, was auf dem Tisch und in den Schubladen im Baudepartement liegt.

Auch wenn nun nach einem Dreivierteljahr Unterbruch eine Stadtarchitektin ihre Stelle antreten wird, bleibt die Kontinuität und der Wissensverlust kam aufholbar. Und genau das bräuchte es im Städtebau: den langen Schnauf eben.

Ich bin sehr besorgt um die Kontinuität und das Gelingen einer für alle Zugerinnen und Zuger wohlgestalteten und lebenswerten Stadt Zug. So geht das nicht. Mit durchwursteln ist niemandem gedient. Wir wollen mitreden, mitgestalten und mitentscheiden – und nicht nur mitnicken.

So aber schadet der Stadtrat der Stadt und jenen, welche die Stadt nicht nur als Finanzmetropole, sondern auch als Heimatstadt sehen.

Darum brauchen wir eine kompetente Städtebauabteilung, die sich der Stadtraumkonzepte annimmt und verpflichtet fühlt und die auch langfristig dafür einsteht, all die formulierten Konzepte bei Investoren zu vertreten und einzufordern.

Auch gilt es die eben beratene «Räumliche Gesamtstrategie» zu begleiten und zu gestalten. Es gibt viel zu tun. Packen wir es an.

Die Frage ist also berechtigt: Was ist los im Baudepartement? Vor allem im Städtebau muss dringend mehr passieren.

Eliane Birchmeier, Stadträtin

Ich bin etwas ratlos. Ich denke, wir haben die Zahlen und die gestellten Fragen der Interpellation alle aufbereitet und wahrheitsgetreu wiedergegeben. Ich möchte damit auch betonen, dass der Stadtrat nirgends etwas mauscheln oder schwarz oder weiss darstellen muss.

Die Zahlen wurden von unserem HR, das im Präsidialdepartement angesiedelt ist, unter der Leitung unserer HR-Leiterin Sonya Schürmann aufbereitet.

Das ist das eine: Sämtliche Zahlen, die Sie erhalten haben, sind korrekt. Auch da verwehre ich mich gegen jedwede Verdächtigungen.

Ich habe Ihnen, Dagmar Amrein, die Zahlen für 2022 geliefert, die Sie nachträglich angefordert haben. Sie diese genannt, das sind zwei Kündigungen – bis Stand heute hat sich nichts verändert – und zwei Pensionierungen. Bei mir ist halt schon der Verdacht entstanden, dass vielleicht die Beantwortung nicht ganz so ausgefallen ist, wie man erwartet hat, und dann hat man halt weitergesucht.

Und das ist auch das Votum, das ich von Seiten SP gehört habe. Selbstverständlich kann man jetzt in die Zahlen reingehen und man findet immer irgendetwas, das unstimmig erscheint.

Ich möchte einfach darauf hinweisen, dass zu den Langzeitausfällen ganz schwere Erkrankungen gehören, wo auch Schicksale dahinter sind. Und wenn darüber spekuliert wird, dann finde ich das einfach sehr, sehr heikel und bedenklich – und überall dann den schlechten Willen zu unterstellen. Ich sage das nicht für mich selber, sondern ich sage das für all die Mitarbeiter im Baudepartement. Es ist ja nicht so, dass ich als Bauchefin alles mache im Baudepartement. Ich habe Mitarbeiter, ich habe Abteilungsleiter, die wiederum ihre Teams führen.

Und dann macht es mich ganz besonders betroffen, wenn ich das Wort «durchwursteln» höre. Wenn wir zurückschauen, was das Baudepartement in dieser Legislatur alles erarbeitet und geschafft hat, vielleicht gehen Sie nach dieser Sitzung heute mal in sich und vielleicht überlegen Sie sich das, wo wir mit all den Projekten heute stehen, dass wir Abstimmungen hinter uns haben, dass wir in der Schulhausplanung weitergekommen sind, dass im Tiefbau ganz grosse Projekte realisiert wurden – dann kann ich mit dem Begriff «durchwursteln» überhaupt nichts anfangen.

Es ist nichts los im Baudepartement, ausser dass – und das haben Sie gesagt – die Arbeitslast sehr hoch ist. Wir haben wahnsinnig viele Projekte, es läuft viel. Und ich kann Ihnen sagen: Ich bin unheimlich stolz auf das tolle Team, auf das ich im Baudepartement jeden Tag zählen darf.

Abstimmung Nr. 1

- Für Kenntnisnahme stimmen 27 Ratsmitglieder
- Für ablehnende Kenntnisnahme stimmen 5 Ratsmitglieder
- Enthaltungen: 2

Ergebnis Abstimmung Nr. 1

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson stellt fest, dass der Rat die Antwort des Stadtrats zur Kenntnis genommen hat.

8. Postulat der FDP-Fraktion vom 1. März 2022 betreffend Transparenz und Sichtbarkeit von Vernehmlassungsantworten

Es liegt vor:

- Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2738 vom 31. Mai 2022

Alexander Kyburz

Wir danken dem Stadtrat für die Umsetzung unseres Postulates und für seinen Einsatz für mehr Transparenz. Besonderen Dank gilt der Verwaltung für die sehr effiziente Bearbeitung unseres Vorstosses.

Ein einzelner Bürger interessiert sich für eine Behördenvorlage mit Vernehmlassung besonders.

Zukünftig kann er einfach auf der Website der Stadt Einsicht in die Vernehmlassungsantworten nehmen. So wird für ihn verständlicher, wieso der Stadtrat seine Erstversion geändert hat und auf welche Inputs er reagiert hat.

So werden für den Bürger nicht nur die Entscheidungen des Stadtrats transparenter, er erfährt in seinem Spezialgebiet auch, wie der politische Prozess in der Stadt Zug funktioniert. So wird nicht nur das Vertrauen in die Verwaltung, sondern auch in die politischen Parteien und weitere Interessenverbände gestärkt.

Schliesslich erkennt der Bürger, welche Parteien und Verbände sich für ihn einsetzen und welche nicht.

Positive Kenntnisnahme.

Patrick Steinle

Knappes Postulat, kurzer Bericht des Stadtrats, knackige Stellungnahme der Fraktion Grüne-CSP: Wir finden das gut, ein kleiner und einfacher, aber wichtiger Schritt zu mehr Transparenz.

Wir möchten einzig anregen – und jetzt wird es vielleicht doch ein bisschen länger –, bei Stellungnahmen von Privatpersonen auch die Möglichkeit einer Anonymisierung vorzusehen. Dies weil politische Überzeugungen zu den besonders schützenswerten Personendaten gehören. Und Privatpersonen, die diese nicht veröffentlicht haben wollen, sollen trotzdem die Gelegenheit zur Vernehmlassung erhalten. Von Verbänden, Parteien und anderen Organisationen hingegen kann man ohne Weiteres erwarten, dass sie auch öffentlich zu ihrer Meinung stehen.

Bruno Zimmermann

Wir bedanken uns für die Antwort des Stadtrats. Wir begrüssen, dass der Stadtrat im Rahmen von Vernehmlassungen künftig die eingegangenen Antworten auf der städtischen Website veröffentlichen wird.

Etwas schmunzeln musste ich dann doch bei der Passage, wo auf die geplante Veröffentlichung der Antworten hingewiesen wird. Wenn jemand bei einer Vernehmlassung mitwirkt, aber dies nicht öffentlich kundtun will, soll eben nicht mitmachen. Der Stadtrat kommt diesbezüglich zur gleichen Schlussfolgerung. Und da muss ich natürlich Herr Gemeinderat Kyburz etwas widersprechen.

Die SVP-Fraktion nimmt die Antwort des Stadtrats zur Kenntnis

Barbara Gysel

Drei Punkte: Ein wunderbarer Vorstoss. Man müsste sich eigentlich einzig fragen, ob es diesen Vorstoss überhaupt bräuchte oder ob der Stadtrat das auch von sich aus getan hätte. Also herzlichen Dank, dass es in diese Richtung geht.

Wir haben einen ähnlichen Punkt. Es mag im Grundsatz öffentlich sein, aber eben begründete Ausnahmen geben, wie das der Sprecher der Fraktion ALG-CSP gesagt hat.

Ich antworte jetzt spontan noch als Replik zu Bruno Zimmermann: Ich könnte mir vorstellen, dass es tatsächlich plausible Gründe gibt. Ich habe zum Beispiel früher im Bereich Gewaltschutz gearbeitet und da gab es manchmal halt Sicherheitsfragen, die man vielleicht anbringen möchte, auch im Rahmen einer Stellungnahme. Wenn jetzt beispielsweise jemand von einer Erfahrung berichten will und diese Erfahrungen bei einem Gesetzgebungsprozess eingeben möchte, das aber anonym behalten möchte, dann wären das sehr legitime Gründe.

Also im Grundsatz öffentlich und Ausnahmen mögen begründet sein.

Ich möchte aber drittens noch darauf hinweisen, dass auch der Kreis der Personen, an welche eine Vernehmlassung geht, durchaus auch wirklich prominent und öffentlich gehalten werden soll. Ich habe im Kontext vom Kulturförderreglement mehrfach die Anfrage erhalten, wie man überhaupt zu dieser Vernehmlassungsmöglichkeit gekommen wäre, weil einige Institutionen im Kreis aufgenommen waren und andere nicht. Vielleicht dies als kleine Anregung, auch darüber nachzudenken, wie der Start einer Vernehmlassung kommuniziert würde.

Karl Kobelt, Stadtpräsident

Besten Dank für die wohlwollende Aufnahme der ultrakurzen Beantwortung dieses Postulats durch den Stadtrat. Der Stadtrat ist stolz darauf, dass er dies in dieser angemessenen Kürze beantworten konnte.

Ich möchte noch auf zwei Punkte eingehen. Das eine ist die Frage der Anonymisierung von Personen, die sich einbringen möchten. Bei Zeitungsredaktionen ist es üblich, dass Leserbriefe nur dann veröffentlicht werden, wenn auch der Name darunter steht. Grundsätzlich würde ich es begrüßen, wenn Privatpersonen, die sich einbringen möchten, auch zu ihrer Meinung stehen. Ich würde hier sagen, die Ausnahme bestätigt die Regel. Diese angesprochenen Ausnahmen könnten aus meiner Sicht denkbar sein, aber es muss wirklich eine Ausnahme sein in diesem Gesamtkontext. Das ist die eine Bemerkung, die ich anbringen möchte.

Die zweite Anmerkung betrifft die Bekanntgabe der Vernehmlassung, wie es von der vorigen Sprecherin Barbara Gysel erwähnt wurde. Da möchte ich einfach darauf hinweisen, dass der Stadtrat ganz klar die Spielregeln während des Spiels nicht ändern wollte und man deshalb im Rahmen des Kulturförderreglements, als dies nicht deklariert wurde, dass diese Vernehmlassungsantworten öffentlich gemacht werden, davon absah.

Beim Kulturprozess konnte die Bevölkerung sich zudem auch einbringen. Eine entsprechende Plattform war aufgeschaltet. Es war also nicht den Kulturorganisationen vorbehalten, hier Stellung zu nehmen.

Dies noch ergänzend, aber besten Dank für die wohlwollende Aufnahme.

Ergebnis

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson stellt fest, dass der Rat den Bericht des Stadtrats zur Kenntnis genommen hat. Das Postulat wird als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

- 9. Postulat B. Elsener, die Mitte, vom 27. Juli 2021 betreffend «In der Stadt Zug sollen für den Langsamverkehr in den 30er- und den 20er-Zonen keine baulichen Massnahmen in Form von Bodenwellen erstellt werden. Bodenwellen haben im sicheren Strassenverkehr nichts zu suchen»**

Es liegt vor:

- Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2743 vom 14. Juni 2022

Die Behandlung des Geschäfts wird auf die nächste GGR-Sitzung vertagt.

- 10. Interpellation der SVP-Fraktion vom 12. April 2022 betreffend «Die stadträtliche Propagandaabteilung hat wieder unfair <zugeschlagen>!»**

Es liegt vor:

- Antwort des Stadtrats Nr. 2740 vom 7. Juni 2022

Die Behandlung des Geschäfts wird auf die nächste GGR-Sitzung vertagt.

- 11. Interpellation der FDP-Fraktion vom 31. März 2022 betreffend Moderne Recyclingstationen für den öffentlichen Raum**

Es liegt vor:

- Antwort des Stadtrats Nr. 2741 vom 7. Juni 2022

Die Behandlung des Geschäfts wird auf die nächste GGR-Sitzung vertagt.

- 12. Interpellation der FDP-Fraktion vom 21. März 2022 betreffend Ausnutzung von Solarpotenzial in der Stadt Zug**

Es liegt vor:

- Antwort des Stadtrats Nr. 2742 vom 14. Juni 2022

Die Behandlung des Geschäfts wird auf die nächste GGR-Sitzung vertagt.

13. Mitteilungen

Die nächste Sitzung des GGR findet statt:

Dienstag, 30. August 2022, 17:00 Uhr

Für das Protokoll

Martin Würmli, Stadtschreiber

Beilagen:

1. Abstimmungsergebnisse: Protokoll der Sitzung vom 28. Juni 2021
2. Abstimmungsergebnisse: Zusammenfassung
3. Präsenzliste